

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Verkehrschaos durch S21-Bau vermeiden – Ausweichvariante für die Straße des 17. Juni prüfen und umsetzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die geplante Vollsperrung der Straße des 17. Juni zwischen Großer Stern und Brandenburger Tor im Zuge der Bauarbeiten an der S-Bahn-Linie S21 zu überprüfen, insbesondere hinsichtlich der verkehrlichen Auswirkungen auf den Ost-West-Verkehr;
2. eine Ausweichvariante zur Erhaltung des Verkehrsflusses auf der Straße des 17. Juni zu prüfen, die folgende Elemente enthält:
 - Ableitung des Verkehrs in nördlicher Richtung über die Yitzhak-Rabin-Straße,
 - Einrichtung einer provisorischen südlichen Umfahrung in Richtung Potsdamer Platz mittels einer temporären Behelfsstraße im Tiergarten;
3. die technische, rechtliche und ökologische Machbarkeit dieser Ausweichvariante darzustellen, insbesondere hinsichtlich:
 - möglicher Eingriffe in den Baumbestand und den Naturraum Tiergarten,
 - Auswirkungen auf bestehende Infrastruktur (insbesondere Tiergartentunnel),
 - bauzeitlicher Umsetzbarkeit;
4. eine vergleichende Bewertung der geplanten Vollsperrung und der genannten Ausweichvariante vorzulegen, die folgende Kriterien gegenüberstellt:
 - Verkehrsfluss (insbesondere Ost-West-Verbindung),
 - Stauentwicklung und volkswirtschaftliche Kosten,
 - Auswirkungen auf ÖPNV, Wirtschaftsverkehr und Rettungsdienste;
5. darzustellen, inwieweit durch die Ausweichvariante eine weitgehende Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses möglich ist und dadurch baustellenbedingte Belastungen minimiert werden können;

6. dem Abgeordnetenhaus über die Ergebnisse dieser Prüfung innerhalb von drei Monaten zu berichten.

Begründung

Die geplanten Bauarbeiten an der S-Bahn-Linie S21 sehen nach derzeitigen Planungen eine mehrjährige Vollsperrung der Straße des 17. Juni zwischen Großer Stern und Brandenburger Tor vor. Damit wäre eine der wichtigsten innerstädtischen Ost-West-Verkehrsachsen Berlins für einen erheblichen Zeitraum vollständig unterbrochen.

Diese Vollsperrung würde erhebliche negative Auswirkungen mit sich bringen:

- massive Störungen des Verkehrsflusses im gesamten innerstädtischen Bereich,
- Verlagerung von Durchgangsverkehr in angrenzende Wohngebiete,
- deutliche Zunahme von Staus und damit verbundenen Stop-and-Go-Verkehren,
- erhöhte Umweltbelastung durch steigende Schadstoff- und Lärmemissionen,
- zusätzliche Belastungen für den Wirtschaftsverkehr, den ÖPNV sowie für Rettungs- und Einsatzdienste.

Vor diesem Hintergrund wurde eine alternative Verkehrsführung entwickelt, die darauf abzielt, den Verkehr auf der Straße des 17. Juni weitgehend aufrechtzuerhalten. Kern dieser Ausweichvariante ist:

- die Beibehaltung einer durchgängigen Verkehrsführung über die Straße des 17. Juni,
- die gezielte Ableitung des Verkehrs in nördlicher Richtung über die Yitzhak-Rabin-Straße,
- die Einrichtung einer provisorischen südlichen Umfahrung in Richtung Potsdamer Platz mittels einer temporären Behelfsstraße im Tiergarten,
- die vorrangige Nutzung weitgehend baumfreier Flächen über dem Tiergartentunnel, um Eingriffe in den Naturraum und den Baumbestand des Tiergartens so gering wie möglich zu halten.

Diese Lösung würde es ermöglichen, den Verkehr auch während der Bauphase geordnet durch das Gebiet zu führen und die verkehrsbedingten Folgeschäden erheblich zu reduzieren. Sie entspricht den Zielen einer modernen und verantwortungsvollen Verkehrspolitik, die insbesondere bei großen Infrastrukturmaßnahmen auf folgende Grundsätze setzt:

- Verstetigung des Verkehrsflusses statt künstlicher Engpässe,
- Reduktion von Emissionen durch Vermeidung von Staus,
- Erhalt zentraler Verkehrsachsen auch während mehrjähriger Bauphasen,
- Minimierung der Belastungen für Anwohner, Wirtschaft und städtische Funktionen.

Erfahrungen und Antworten des Senats auf parlamentarische Anfragen der letzten Jahre zeigen wiederholt, dass das Baustellenmanagement und die Verkehrsführung bei Großprojekten in Berlin häufig nicht ausreichend koordiniert und optimiert sind. Gerade bei einem Vorhaben von derart hoher stadtwweiter Bedeutung wie der S21 ist es daher zwingend erforderlich, alle technisch machbaren Alternativen zur Vollsperrung ernsthaft und ergebnisoffen zu prüfen.

Die vorgeschlagene Ausweichvariante bietet die realistische Chance, die unvermeidbaren Belastungen für Bürger, Wirtschaft und das gesamte Verkehrssystem deutlich zu mindern. Sie sollte daher umfassend hinsichtlich technischer, rechtlicher, ökologischer und verkehrlicher Machbarkeit geprüft und – bei positiver Bewertung – umgesetzt werden.

Berlin, den 18. Mai 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt Bertram
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion